

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordneter Jonas Pohlmann (CDU)

**Befristeter Weiterbetrieb des AKW Lingen: Wie schätzt die Landesregierung Expertenmeinungen ein?**

Anfrage des Abgeordneten Jonas Pohlmann (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 14.02.2023

In der *Neuen Osnabrücker Zeitung* vom 26.01.2022 spricht sich der Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen, der u. a. die kommunalen Energieversorger vertritt, mit folgender Begründung gegen die Abschaltung der verbliebenen Atomkraftwerke (AKW) aus: „Um für Notsituationen gewappnet zu sein, wäre es grundsätzlich besser, die Kapazitäten zu nutzen, die wir haben.“

Ein Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, spricht sich im selben Zeitungsbeitrag ebenfalls gegen die Abschaltung der verbliebenen AKW im April 2023 aus. Der Ansicht dieser Expertin nach wird Deutschland selbst bei einem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien in den kommenden zwei bis vier Jahren nicht ausreichend Erzeugungskapazitäten haben, um die angespannte Lage am Strommarkt zu beruhigen. Die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke würde nach ihren Berechnungen die Strompreise um acht bis zwölf Prozent senken und zudem dazu führen, dass weniger Kohle und Gas verstromt werden müssten. Dies würde die deutschen Treibhausgasemissionen um etwa 30 bis 40 Millionen t reduzieren.

Umweltminister Christian Meyer hat dagegen erklärt, dass es keinen Weiterbetrieb des Atomkraftwerks Lingen über den 15. April 2023 hinausgeben werde, u. a., weil das Kraftwerk nicht mehr benötigt werde.

1. Auf der Grundlage welcher Studien kommt die Landesregierung zu einer der Auffassung der o. g. Experten entgegenstehenden Einschätzung des Bedarfs an Kraftwerkskapazitäten?
2. Nach Aussage der Nichtregierungsorganisation „Agora Energiewende“ vom 04.01.2023 stiegen in Deutschland 2022 die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Energiewirtschaft um 8 Millionen t auf 255 Millionen t an. Für diesen Anstieg war vor allem die verstärkte Verstromung von Kohle verantwortlich. Wie beurteilt die Landesregierung vor diesem Hintergrund die Möglichkeit, durch den vorübergehenden Weiterbetrieb der verbliebenen Atomkraftwerke die deutschen Treibhausgasemissionen um etwa 30 bis 40 Millionen t zu reduzieren?
3. Wie bewertet die Landesregierung vor dem Hintergrund sozialer Auswirkungen der stark gestiegenen Energiekosten auf Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen die Möglichkeit, die Strompreise durch einen vorübergehenden Weiterbetrieb der verbliebenen Atomkraftwerke um 8 bis 12 % zu senken?

(Verteilt am 17.02.2023)